

Zeitschrift: Argovia : Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau

Herausgeber: Historische Gesellschaft des Kantons Aargau

Band: 129 (2017)

Artikel: Forschung in Aarau : eine Geschichte des Zentrums für Demokratie

Autor: Hunziker, Samuel

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-772361>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Forschung in Aarau

Eine Geschichte des Zentrums für Demokratie

SAMUEL HUNZIKER

In seiner Sitzung vom 26. März 2007 nahm der Einwohnerrat der Stadt Aarau den Antrag des Stadtrats, die Gründung und den Betrieb des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA) mit einem «jährlich wiederkehrenden Beitrag»¹ finanziell zu unterstützen, mit 35 zu 7 Stimmen an,² womit das ZDA eine entscheidende politische Hürde nahm. Diese Abstimmung ist Kulminationspunkt einer längeren Geschichte von politischen Vorstössen, Aarau in den Rang einer Universitätsstadt zu erheben. Vorbereitet wurde sie in einer komplexen Gemengelage, in der sich die schweizerische wie auch die Aargauer Hochschulpolitik, das Verhältnis von Stadt und Kanton, Fragen der Stadtentwicklung und die historisch informierte Selbstwahrnehmung der Aarauer in vielfältiger Weise durchkreuzten. Im Folgenden werden zwei vorerst autonome historische Entwicklungen nachgezeichnet, um anschliessend ihre Synthese in der Gründung des ZDA darzustellen.

Ein Hochschulinstitut als Resultat der universitären Ambitionen Aaraus

Aarau geht leer aus

Die Neuorganisation der Hochschulpolitik während der Bildungsexpansionsphase in den 1960er-Jahren war im bevölkerungsmässig viertgrössten Kanton der Schweiz anfänglich durch einen Fehlschlag gekennzeichnet. Der Grosse Rat forderte bereits 1962 den Regierungsrat in einer Motion dazu auf, «die Gründung einer aargauischen Universität in die Wege zu leiten».³ Direkte Folge dieses ersten Vorstosses waren aufwendige Abklärungen «hinsichtlich Bedarf und Gestaltung» dieser potenziellen Hochschule, aus denen der Bericht «Beitrag des Aargaus an das schweizerische Hochschulwesen» hervorging. Darin wurde die Gründung einer auf Humanwissenschaften spezialisierten Hochschule, die sich aus einer «Abteilung für klinische Medizin und für Bildungswissenschaften» konstituieren sollte, vorgeschlagen. Nach einer knapp gewonnenen Abstimmung im Mai 1970 (52 Prozent Ja-Stimmen) wurde in der Folge prioritär die «Abteilung für Bildungswissenschaften» durch einen Gründungsausschuss weiterverfolgt, dessen Arbeit in ein «Hochschulgesetz» mündete, das der Regierungsrat 1976 dem Grossen Rat zur Abstimmung vorlegte. Dieser wies die Vorlage knapp mit 79 zu 76 Stimmen zurück, was gepaart mit einer veränderten Hochschulpolitik des Bundes die Auflösung des Gründungsausschusses einleitete.⁴

Parallel dazu kam es nicht zuletzt aufgrund der Förderung durch den Bund zu einer Expansion der tertiären Berufsbildung. So wurden 1965 die Höhere Technische

Lehranstalt HTL Brugg-Windisch, 1976 die Höhere Pädagogische Lehranstalt HPL in Zofingen, 1993 die Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule HWV in Baden und schliesslich 1994 die Höhere Fachschule für den Sozialbereich HFS gegründet.⁵ Nachdem sich Bund und Kantone 1991 auf das gemeinsame Projekt «Aufbau Fachhochschulen», dem 1995 das eidgenössische Fachhochschulgesetz folgen sollte, einigten,⁶ witterten einige die Chance, den lange gehegten Wunsch zu verwirklichen, den Aargau in den Stand der Hochschulkantone zu erheben, indem die höheren Fachschulen in Fachhochschulen überführt würden. 1992 überwies der Grosse Rat an den Regierungsrat eine Motion, «welche die Schaffung von Fachhochschulen nach europäischer Norm im Kanton Aargau forderte».⁷ Resultat war die Verankerung eines anvisierten «Aufbaus einer umfassenden Fachhochschullandschaft Aargau» im Regierungsprogramm 1993–1997.⁸ Bereits 1997, nachdem die Stimmbevölkerung das Fachhochschulgesetz angenommen hatte, wurde die Aargauer Fachhochschule für Technik und Wirtschaft gegründet. Nur ein Jahr später wurde diese um den Fachbereich Gestaltung erweitert und eine Fachhochschule mit den Fachbereichen Gesundheit und Soziale Arbeit geschaffen, die im Jahr 2001 um den Fachbereich Pädagogik erweitert werden sollten.⁹

Aus Sicht des Fachhochschulrats der FHA Technik, Wirtschaft und Gestaltung war an dieser Entwicklung vor allem die starke örtliche Zersplitterung der Fachbereiche problematisch. Er forderte daher, die einzelnen Fachbereiche an einem Standort zu konzentrieren.¹⁰ Die Notwendigkeit zur Konzentration sah auch der Bund und entschied 1997, «dass er aus Qualitätsgründen gesamtschweizerisch weitreichende Konzentrationen für erforderlich erachte und er daher insgesamt nur sieben Fachhochschulen genehmigen werde».¹¹ Ihm schwebte dabei ein Zusammenschluss der Fachhochschulen Aargau, Solothurn und der beiden Basel zur Fachhochschule Nordwestschweiz vor. Der Aargauer Regierungsrat nahm diese Forderungen zur Kenntnis und gab die Prüfung der vorgeschlagenen Konzentration in Auftrag. Dabei sollte aber «nicht nur die Standortkonzentration der Bereiche Technik, Wirtschaft und Gestaltung [geprüft werden]», sondern gleich «die Fusion aller Aargauer Fachhochschulbereiche und ihre Konzentration auf zwei oder gar auf einen Standort».¹² Es standen also Konzentrations- beziehungsweise Integrationsprozesse gleich auf drei verschiedenen Ebenen zur Diskussion: jene aller Teilschulen der jeweiligen Fachhochschulen, jene aller Fachhochschulen im Kanton und dann wiederum die Integration und allenfalls Konzentration aller Fachhochschulen in der Region Nordwestschweiz.

Ein erster Versuch, die Fachhochschulen Aargau und Solothurn¹³ zu fusionieren, zeigte, wie schwierig eine Vermittlung der «innerkantonalen Standortfrage», die im Fall einer Konzentration zwangsläufig den «regionalpolitischen Grundkonsens im Kanton» infrage stellte und innerkantonale Gräben aufzureißen drohte, mit einer «interkantonalen Strategie» zu bewerkstelligen war. Das Scheitern dieses Fusionsversuchs ebnete nicht nur den Weg für neue Fusionsgespräche aller vier Kantone der

Nordwestschweiz, die 2005 in die Gründung der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) münden sollten, sondern führte auch zum Entscheid des Regierungsrats im Juni 2001, «alle Aargauer Fachhochschulbereiche in Brugg-Windisch zu konzentrieren».¹⁴ Der Regierungsrat begründete diesen überraschenden Entscheid damit, dass »[e]ine Campus-Lösung in Brugg [...] nicht nur die finanziell günstigste aller drei Varianten [sei], sondern [...] gegenüber einer Aufteilung zwischen Aarau und Brugg unschätzbare fachliche und betriebswirtschaftliche Vorteile [bringe]. Mit einer Konzentration aller Fachbereiche in einem Campus [werde] dem zukünftig immer wichtiger werdenden Anliegen der Interdisziplinarität in bester Weise Rechnung getragen.»¹⁵

Eine provokative Motion

Mit dem Entscheid des Regierungsrats, der am 11. Dezember 2001 vom Grossen Rat finalisiert wurde, war der Hauptort des Kantons vom tertiären Bildungsangebot ausgeschlossen. Dies löste in der Stadt, «die sich bisher stets als sicheren Standort für mindestens einen Teil, wenn nicht sogar für die gesamte FHA gesehen hatte», eine «heftige Reaktion» aus.¹⁶ So lud der Stadtrat Aarau im September 2001 zu einer Medienorientierung ein, in der auf die Argumente des Kantons im Einzelnen eingegangen werden sollte. Der Einladung war eine Broschüre beigelegt, in der nicht nur Enttäuschung und Unverständnis, sondern auch Verärgerung über die in der Komplexität der Situation begründeten Wechselsignale des Kantons zum Ausdruck kommen: «Der Kanton Aargau macht sich so bei seinen Nachbarkantonen zunehmend unglaubwürdig, weil er praktisch im Jahresrhythmus nacheinander ‹Alleingang›, ‹Kooperation›, ‹Fusion› und jetzt plötzlich wieder ‹Alleingang› kommuniziert.»¹⁷ Über Standort- und Finanzierungsfragen hinaus wird in der Broschüre auch eine Grundsatzvereinbarung zwischen dem Aargauer Regierungsrat und dem Aarauer Stadtrat zitiert, wonach Ersterer «mit allen seinen Kräften auf eine Ansiedlung der FH Pädagogik in Aarau [...] hinzuarbeiten» beabsichtige. Der Stadtrat sah diese Vereinbarung gebrochen und hielt in der Broschüre fest, dass der Regierungsrat mit der «Konzentration aller FH-Bereiche inkl. Pädagogik im Campus Brugg» «gegen Treu und Glauben» verstosse.¹⁸ Eine Vertretung der Stadt wurde auch beim Kanton vorstellig, doch blieben alle Versuche, den Entscheid doch noch zu stürzen, ergebnislos.¹⁹ Es kann daher nicht überraschen, dass die Standortfrage in den darauffolgenden Wahlkämpfen in Aarau thematisiert wurde, so beispielsweise in jenem um den Stadtrat. In einer «Wahl-Arena», die am 11. September 2001 abgehalten wurde, äusserten sich alle Kandidierenden zur Frage des «Standortmarketings», wobei sich insbesondere Stephan Müller von der Partei Jetzt! entlang der Fachhochschul-Frage gegen den amtierenden Stadtrammann Marcel Guignard zu profilieren versuchte und meinte, dass die Zukunft der Fachhochschule für die Entwicklung von Aarau entscheidend und in der Vergangenheit in dieser Hinsicht von der amtierenden Stadtregierung zu wenig gemacht worden sei. Guignard verteidigte die Politik der Stadt, indem er auf

die Hochschule für Gestaltung verwies, für die «grosszügige Vorinvestitionen» getätigten worden waren.²⁰

Müller wurde zwar nicht in den Stadtrat gewählt, doch konnte er sich stattdessen über seine Wahl in den Einwohnerrat freuen. Er war es auch, der am 18. Januar 2002 – also kurz nach Beginn der neuen Legislaturperiode und noch vor der ersten Sitzung des Einwohnerrats, in der die Einwohnerräte überhaupt erst vereidigt wurden – zusammen mit Ueli Hertig von der ebenfalls erstmals im Einwohnerrat vertretenen Partei Pro Aarau eine Motion einreichte, die verlangte, dass sich die Stadt Aarau nicht an den für das Jahr 2003 geplanten Feierlichkeiten des Kantons anlässlich des 200. Jahrestags seines Beitritts zum Bund beteiligen und stattdessen «[e]ine allfällige organisierte Feier [...] nur zu Ehren von Stadt und Region Aarau» abgehalten werden solle. Diese alternative Feier wiederum sollte schwerpunktmässig dem Thema «Bildungsstadt (Hochschulstadt) Aarau» gewidmet sein.²¹ Die Motionäre versuchten also unmittelbar nach dem Entscheid des Kantons das Thema aktuell zu halten, indem sie einen möglichen Alleingang der Stadt in der Hochschulpolitik insinuierten. Dieser konfrontative Kurs gegenüber dem Kanton mag der Grund gewesen sein, dass die Motion scheiterte und nicht an den Stadtrat überwiesen wurde. So teilten zwar einige Einwohnerräte die Enttäuschung über die Umsiedlung der Fachhochschule nach Brugg, letztlich nahmen jedoch nur die Grüne/Jetzt!-, die SP- und die Pro-Aarau-Fraktion die Motion an.

Trotz des deutlichen Neins zur Motion stiess die Idee, das Thema Bildung in den Mittelpunkt der Jubiläumsfeierlichkeiten zu stellen, auf Interesse. Neben dem Stadtrammann Marcel Guignard äusserte sich auch Mark Eberhard von der SVP-Fraktion positiv dazu: «Im dritten Absatz der Motion werden [...] interessante Gedanken bezüglich der Durchführung eines Symposiums (Bildungssymposium) in Aarau aufgeführt. Dieser Ansatz sollte aufgegriffen und bei der Planung der Jubiläumsfeier berücksichtigt werden.»²² In der Tat ermöglichte diese wohl durch den Entscheid des Kantons neuerlich entfachte Aufgeschlossenheit gegenüber Bildungsfragen, dass die Idee eines Bildungssymposiums in den folgenden Monaten ausgearbeitet und weiterentwickelt werden sollte. So suchte Stephan Müller schon bald den Kontakt zu Mark Eberhard, um Möglichkeiten einer allfälligen Zusammenarbeit zu sondieren.²³ Als im Mai der Stadtrat seine Planungen für das Jubiläumsjahr 2003 mit einem Antrag an den Einwohnerrat für die Bewilligung eines Investitionskredits über 400 000 Franken vorlegte, fand die Motion von Stephan Müller zwar Erwähnung, doch wurde noch kein Bildungssymposium eingeplant. Stattdessen wurden 20 000 Franken budgetiert für eine «Denk-Gruppe, die sich mit Zukunftsvisionen für Aarau befasst». Auf den daraus hervorgegangenen Bericht «Aarau morgen» wird später noch zurückzukommen sein.

«Uni Aarau»

In der Behandlung des Budgets beschloss aber die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGPK) einstimmig, den Antrag des Stadtrats zu ergänzen und den geforderten Betrag von 400 000 Franken um 100 000 Franken aufzustocken, um ein «Bildungssymposium (Bildungsstadt Aarau)» im Rahmen der Feierlichkeiten abhalten zu können.²⁵ Stephan Müller – für dieses Geschäft Sprecher der FGPK – stellte das Projekt im Einwohnerrat vor: «Es geht um eine gemeinsame Initiative, welche aufgrund der Diskussionen im März von Mark Eberhard und mir entstanden ist. Wir haben uns damit beschäftigt und festgestellt, dass parteiübergreifend für ein Bildungssymposium positive Wortmeldungen erfolgt sind. Wir gehen davon aus, dass die Stadt, wenn sie als Bildungsstandort in Zukunft eine Bedeutung haben will, selber die Initiative ergreifen muss.»²⁶

Ziel dieser städtischen Initiative sollte vor allem die eigenständige Re-Evaluation der Stadt Aarau als Hochschulstandort sein: «Daher ist das Bildungssymposium mit einer Ausstellung und mit einer Medienkampagne im Aargau so angelegt, dass wir relativ frech diskutieren möchten, ob es möglich wäre, eine Universität oder Fakultät Aarau wieder in den Bereich des Möglichen zu holen.»²⁷

Als Mitinitiator meldete sich auch Mark Eberhard zu Wort: «Ziel dieses Projektes ist die Darstellung der Stadt Aarau als Bildungsstadt in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft mit einem Ausblick auf eine zukünftige Universitätsstadt.» Eberhard verstand diese Initiative stets auch als «Standortmarketing», als eine Möglichkeit, Stadt und Region Aarau in ihrem Profil gegenüber anliegenden Regionen nachhaltig zu stärken: «Die Stadt Aarau soll über die Kantongrenzen hinaus immer wieder in den Köpfen sein. Wir möchten damit auch die Attraktivität der Stadt erhöhen. 1992 waren noch rund 1000 Personen mehr in Aarau wohnhaft. Die Bevölkerungszahl nimmt ab. Es ist uns ein Anliegen, dass die Stadt etwas aktiver wird.»²⁸

Nicht zuletzt aufgrund seiner Überzeugungsarbeit gelang es, die vorgeschlagene Erweiterung der vom Stadtrat ursprünglich beantragten Mittel durch den Einwohnerrat zu bringen, denn die SVP-Fraktion versammelte sich hinter seinem Votum. So wurde der Zusatzkredit gegen den Widerstand der FDP-, Teilen der CVP-Fraktion und der Zurückhaltung des Stadtammanns mit 32 zu 14 Stimmen angenommen.²⁹

Der Zusatzkredit diente als finanzielle Grundlage für die Planung und Durchführung des Projekts «Uni Aarau», das unter der organisatorischen Leitung von Stephan Müller und Mark Eberhard geplant und vom 14. bis 22. Juni 2003 an verschiedenen Standorten in Aarau durchgeführt wurde.³⁰ Im Rahmen diverser Veranstaltungen, an denen neben den Hochschulrektoren der relativ jungen Universitäten Luzern, Bozen und der italienischen Schweiz auch Dutzende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen teilnahmen, wurden die drei Themenbereiche «Bildung», «Kultur» und «Energie» auf ihr fakultätsstiftendes Potenzial hin geprüft.³¹ Die Berücksichtigung von drei thematischen Schwerpunkten sollte das Signal aussenden, dass mit dieser Veranstaltung ein ehrgeiziges, weil universitäres Projekt angedacht

wurde, konstituierten sich doch die beiden jungen Universitäten in Luzern und in Lugano jeweils mit drei Fakultäten. Den Schluss markierte jedoch eine Veranstaltung zu einer Kooperation zwischen dem Kanton Thurgau und der Universität Konstanz. Dort finanzierte der Kanton Thurgau ein Institut, das zwar in Kreuzlingen angesiedelt, aber administrativ der Universität Konstanz eingegliedert war. Damit wurde also bereits ein Kooperationsmodell diskutiert, das jenem des ZDA und der Universität Zürich sehr nahekommt. Dennoch hielten sich die Organisatoren alle Möglichkeiten offen. «Wir wollen», so Mark Eberhard in der «Aargauer Zeitung», «in Aarau eine eigentliche Bildungs-Bewegung auslösen und die Idee, dass Aarau eine eigene Universität oder zumindest ein eigenes universitäres Institut haben könnte, bewusst machen».³² Und obgleich dieses Projekt im Rahmen des 200-jährigen Jubiläums des Kantons Aargau durchgeführt wurde, war die Stadt bei der Planung und Durchführung auf sich allein gestellt, denn die Verantwortlichen des Kantons vom Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) beobachteten diese als unrealistisch bewerteten Bestrebungen eher skeptisch.³³ Es kam aber nach «Uni Aarau» zu ersten informellen Gesprächen zwischen der Stadt und dem Kanton.³⁴

«Aarau morgen»

In der Tat haftete der Idee, in Aarau eine Universität einzurichten, etwas Spekulatives an. So kann es auch nicht überraschen, dass sie nach dem «Bildungssymposium» vorerst nur als fiktives Szenario im Bericht «Aarau morgen» weiterlebte, der im Rahmen der Jubiläumsfeier als gedrucktes Resultat der erarbeiteten «Zukunftsvisionen» entstand und im Januar 2004 erschien. Darin setzten sich der ehemalige Stadtrat Nik Brändli, die ehemalige Stadträtin Judith Jean-Richard und der Architekturprofessor Alexander Henz entlang der drei Begriffe «Nachhaltigkeit», «Urbanität» und «Integration» mit Fragen zur Zukunft der Stadt Aarau auseinander. Neben der Raumentwicklung und möglichen Gemeindereformen wurde wenig überraschend auch die Bildung thematisiert. Es zeigte sich auch die Bedeutung des kantonalen Entscheids bezüglich der Standortfrage der Fachhochschule aus dem Jahr 2001; von einem Verlust der «Führungsrolle» ist die Rede.³⁵ Als ausschlaggebender «historischer Fehlentscheid» wurde jedoch die gescheiterte «Aargauer Hochschule für Bildungswissenschaften» im Jahr 1976 hervorgehoben. Mit ihr hätte, so die Autoren, die Chance bestanden, eine «universitäre Keimzelle» zu pflanzen. Dies ist insofern wichtig, als «[a]ufgrund der Entwicklung anderer Hochschulen davon ausgegangen werden [darf], dass sich auch die Aargauer Hochschule für Bildungswissenschaften zu einer Universität, die per definitionem drei Fakultäten braucht, entwickelt hätte».³⁶ Unter Bezugnahme auf die Veranstaltung «Uni Aarau» und verschiedene Universitätsbeziehungsweise Institutsgründungen hielten sie dann die Erkenntnis fest, «dass es verschiedene Wege gibt, eine Universität zu gründen».³⁷

Aus diesem Grund schlugen die Autorin und die Autoren dann als eines von neun «zukunftsfähigen Projekten» vor, «auf dem Kasernenareal eine neue Univer-

sität mit vier bis sechs Fakultäten zu gründen, Fakultäten, die in der «Hochschullandschaft Schweiz» fehlten.»³⁸ Thematisch wäre diese Universität in sechs Fachbereiche gegliedert gewesen: Die drei Schwerpunkte vom «Bildungssymposium» «Bildung, Kultur und Energie» wie auch «Gesundheits- und Pflegewissenschaften», «Urbanistik und Agglomerationsentwicklung» und «Die Schweiz und die Welt». Im Mittelpunkt der Lehre sollten dabei die «Fort- und Weiterbildung von Personen mit praktischer Erfahrung, in der Regel im Rahmen von interdisziplinären Nachdiplomkursen und Nachdiplomstudien» stehen. Komplementär dazu sollte «trans- und interdisziplinäre» Forschung betrieben werden, deren Grundlage nicht nur die Zusammenarbeit «unter den vier bis sechs Fakultäten, sondern auch mit in- und ausländischen Hochschulen und Fachhochschulen, privaten und öffentlichen Forschungs-, Entwicklungs- und Beratungseinrichtungen, Export- und Importfirmen, Reise- und Tourismusunternehmungen, Hilfswerken, nationalen und internationalen Verwaltungsstellen etc.» sein sollte.³⁹ Diese Ideen zeigen, wie eng die Frage nach dem Bildungsstandort Aarau mit einem Komplex aus Vorstellungen von Stadtentwicklung und Urbanität verwoben war. Eine Universität gewinnt so auch eine symbolische Dimension und erscheint als Mosaikstein in einem grösseren Bild der künftigen Struktur des Kantons, das es durch diverse planerische Massnahmen zu komplettieren gilt. So steht neben der bildungspolitischen Eigenständigkeit gerade auch die Frage nach dem Verhältnis von Zentren wie Aarau und deren Peripherie im Mittelpunkt der Überlegungen.

Im Begleitschreiben zum Bericht schrieb der Stadtrat am 26. Mai 2004, «dass er den Vorschlag, eine Universität in Aarau zu gründen, als äusserst verlockend und vertreffenswert erachte». ⁴⁰ Dass der Stadtrat einer lokalen bildungspolitischen Initiative aufgeschlossen gegenüberstand, zeigte sich bereits im Frühjahr 2004, also kurz vor der Veröffentlichung des Berichts. Stephan Müller hatte mit der Absicht, die Idee eines universitären Instituts am Leben zu erhalten, Kontakt zum damaligen Stadtplaner Heinz Schöttli aufgenommen und konnte in dessen Auftrag ein Planungspapier entwickeln. In dessen Mittelpunkt stand die Idee, eine Arbeitsgruppe zu bilden, der es obliegen sollte, verschiedene Projektideen auf ihre Machbarkeit hin zu prüfen. Der Stadtrat reagierte positiv und integrierte den Vorschlag kurzerhand in eine Vorlage an den Einwohnerrat, in der er diesen um einen erneuten Investitionskredit bat.⁴¹ Dem Festival «Science et Cité», das im Mai 2005 stattfinden sollte, sollte mit dem Kredit ein «Vorlauf» vorangestellt werden, in dessen Mittelpunkt die Abklärung der Mach- und Wünschbarkeit stehen sollte. Im Antrag an den Einwohnerrat wird die Schwierigkeit für die Stadt erwähnt, in die in erster Linie national und kantonal organisierte Fachhochschulpolitik einzugreifen, um im Anschluss daran auf den «innovativen Bereich», nämlich den «universitären Sektor» zu verweisen, der «ausserhalb des Geltungsbereiches des nationalen und kantonalen Fachhochschulgesetzes liegt» und in dem ein städtischer Erfolg daher noch realistisch sei. Die «Universitätslandschaft» sei «noch nicht so streng reglementiert wie die Fachhochschulen», zudem gäbe es mit der Stadt Lugano ein Beispiel für eine «städtische Hochschulpolitik». Ebenso wurde die

kurz davor an allen Hochschulen vollzogene Trennung der Studiengänge in Bachelor und Master zitiert, die es möglich mache, nicht mit der kantonalen Fachhochschule in Konkurrenz zu treten, da diese mehrheitlich Bachelor-Studiengänge anbiete.⁴² Hier war dann auch die Rede von einem «Vorgehensvorschlag», der «einen kontinuierlichen Weg zu einem universitären Institut anstrebt» und von Mark Eberhard, Stephan Müller und Nik Brändli ausgearbeitet wurde. Der Stadtrat forderte den Einwohnerrat in seinem Antrag dazu auf, 150 000 Franken für eine «Vorbereitungsgruppe» zu sprechen, die mit der Ausarbeitung eines «Kriterienkatalogs, anhand dessen die Vorschläge zur Institutsgründung möglichst objektiv beurteilt werden können», und der anschliessenden Befragung von Fachpersonen betraut sein sollte. Darüber hinaus das «Science et Cité» vorangestellte Symposium geplant werden, in dessen Rahmen die Ergebnisse der «Vorbereitungsgruppe» präsentiert werden sollten.⁴³

Arbeitsgruppe

Stephan Müller war zu diesem Zeitpunkt bereits aus dem Einwohnerrat zurückgetreten, und so kam es Mark Eberhard, der für dieses Geschäft als Sprecher der FGPK amtete, zu, den Antrag dem Einwohnerrat zu übergeben. Mit Bezug auf die bisherigen Schritte skizzierte Eberhard schematisch das mit den im Antrag geforderten Mitteln zu planende Institut: «Die bis jetzt gewonnenen Erkenntnisse sind zu konkretisieren und zu fokussieren und es ist ein Fachbereich zu eruieren, welcher für die Weiterverfolgung der Gründung eines universitären Instituts am erfolgversprechendsten ist.»⁴⁴ Unter Einbezug von Fachleuten sollten «die in Frage kommenden Fachbereiche» in einer «Vorbereitungsgruppe» diskutiert werden, um dann einen davon zur Weiterverfolgung auszuwählen. Zu diesem Zeitpunkt kamen die drei Schwerpunkte von «Uni Aarau» Bildung, Kultur und Energie und darüber hinaus noch «Gesundheit/Pflege, Urbanistik/Raumordnung, Wechselbeziehung Schweiz/Welt sowie [...] Wasser» infrage.⁴⁵ Wie Eberhard bemerkte, hing die Zukunft des Projekts von der Evaluation dieser Gruppe ab: «Falls keiner der ausgewählten Fachbereiche erfolgversprechende Aussichten hat, ist die Übung abzubrechen.»

Dieser Antrag passierte den Einwohnerrat, mit 41 zu 7 Stimmen sogar deutlicher als der Investitionskredit für «Uni Aarau». Nicht zuletzt dank der Überzeugungsarbeit Mark Eberhards stimmte die SVP-Fraktion unter der Bedingung, dass «die Direktorin des Weiterbildungszentrums für Gesundheitsberufe sowie ein Vertreter des Kantons Aargau angefragt werden» und «2 Vertreter des Stadtrates in der Vorbereitungsgruppe Einsitz nehmen», dem Antrag einstimmig zu.⁴⁶ Ihr schlossen sich alle Fraktionen bis auf die FDP an. Die Fraktion war entlang der Frage gespalten, inwiefern unter Berücksichtigung der damaligen Konfiguration der schweizerischen Hochschullandschaft eine Abklärung überhaupt notwendig war oder ob nicht viel eher bereits klar war, dass kein «Bedarf nach einem zusätzlichen Hochschulstandort» bestand und «[e]ine ganze Universität, eine Hochschule oder auch nur ein einzelnes Institut [...] für eine Stadt wie Aarau nicht finanziert» wäre.⁴⁷

In der Debatte zeigt sich, dass zu diesem Zeitpunkt die Form der zu prüfenden Institution im Wesentlichen noch unbestimmt war. Während Susanne Dober Spielmann von der CVP meinte, dass «[v]on den Träumen einer Universitätsstadt mit einer Volluniversität» Abschied genommen und lediglich ein «universitäres Institut» ins Auge gefasst werden müsse, sah Hans Fügli in der Gründung eines «Uni-Institutes» die Möglichkeit, «die Weichen für einen ersten Schritt [...] richtig zu stellen», um ein allfälliges «Generationenprojekt» einer Universität in Aarau vorzubereiten.⁴⁸ Eine Zwischenposition nahm der Stadtammann Marcel Guignard ein, der in seinem Votum die Frage aufwarf, «ob im Mittelland, zwischen Zürich, Bern, Basel und Luzern noch Platz für eine weitere Universität vorhanden ist», und sogleich relativierte, indem er die «Volluniversität» als realisierbares Projekt vorerst ausschloss: «Dies wäre in der Tat mehr als eine Vision, fast eine Illusion. Es geht um die Ansiedlung eines Institutes, eines Kompetenzzentrums, eventuell einer bestehenden Uni oder etwas, das am Entstehen ist.» Er wollte damit aber nicht ausschliessen, «dass mit der Zeit daraus eine grössere Einrichtung entstehen kann». Zweck der gesprochenen Mittel sollte eine «Arbeitsgruppe» sein, die eine «fundierte Marktabklärung» vorzunehmen habe.⁴⁹

Im November 2004 wählte der Stadtrat dann neben den Initianten Stephan Müller und Mark Eberhard den Stadtammann Marcel Guignard, den bereits ins Projekt «Uni Aarau» involvierten Carlo Mettauer, den Mitverfasser des Berichts «Aarau morgen» Nik Brändli, die Direktorin des Weiterbildungszentrums für Gesundheitsberufe Silvia Kübler, den Leiter der Stabsstelle Stadtentwicklung Heinz Schöttli und den Bausekretär André Liniger in die vom Einwohnerrat gutgeheissene «Arbeitsgruppe Uni-Institut Aarau». In beratender Funktion nahm auch Alexander Hofmann als Vertreter des BKS Einsitz. Beim zweiten Treffen wurden die vorgeschlagenen Bereiche erstmals vorgestellt und unter anderem der Bereich «Wechselbeziehung Schweiz/Welt» in «Demokratiefragen» umbenannt. Ebenso kam es zu einer Spezifizierung der anvisierten Form, da aufgrund einer Beurteilung durch das BKS klar wurde, dass sowohl aus finanziellen wie auch aus hochschulrechtlichen Gründen ein eigenständiges Institut für die Stadt Aarau unrealistisch war. Es zeigte sich, dass die Zusammenarbeit mit einer Mutteruniversität unerlässlich war, um ein realisierbares Projekt auszuarbeiten.⁵⁰

Für die fachliche Eignungsabklärung wurden die verschiedenen Fachbereiche auf die Mitglieder der Arbeitsgruppe aufgeteilt, sodass jeweils ein Mitglied die Konkretisierung eines Fachbereichs zu organisieren hatte. Oft wurden externe Experten und Expertinnen eingeladen, die einen Fachbereich vorstellten und freiliegende Potenziale aufzeigten. Stephan Müller oblag der Bereich «Demokratiefragen», wofür er Rudolf Künzli, der bereits bei der Organisation der Veranstaltung «Uni Aarau» mitgewirkt hatte, als Experten gewinnen konnte. Angeleitet von der Idee eines Instituts, das sich in den historischen, kulturellen, politischen und sozialen Raum von Stadt und Kanton einfügt,⁵¹ erarbeitete Künzli im Januar 2005 in Zusammenarbeit

mit Stephan Müller ein Konzept des «Zschokke Instituts zur Erforschung der Demokratie in der globalisierten Welt».⁵² Inspiriert vom Politiker und Pädagogen Heinrich Zschokke, der im 19. Jahrhundert wirkte und im Kanton Aargau wichtige Impulse für liberale Reformen gab, sollte sich das Institut mit den «zentralen Zukunftsthemen unserer Gesellschaft» beschäftigen, nämlich der «Herstellung von Öffentlichkeit» und der «Schaffung der Voraussetzungen dafür in Bildung und sozialen Einrichtungen». Die Bereiche «Demokratie und Öffentlichkeit», «Bildung» und «Soziales und Gesundheit» wurden in einem ersten Entwurf als «Kernbereiche der gegenwärtigen Herausforderungen» ausgewiesen.⁵³ Dem Autor schwebte damals noch eine Zusammenarbeit mit der Universität Basel vor. Als mögliche Formen wurden das «Collegium Heliticum», das «Wissenschaftskolleg zu Berlin» und das Modell eines «Poet in residence» zitiert.⁵⁴ In einer weiteren Sitzung spezifizierte Künzli seine Vorstellung des Instituts, indem er als thematische Schwerpunkte die «Demokratieforschung», die «Politische Bildung», die «Soziale und kulturelle Integration» sowie die «Bedingungen für Zivilgesellschaftliches [sic!] Engagement» angab. Formal sollte es sich um eine Organisation vom «Typ institut [sic!] for advanced study» handeln, die von einem Verein getragen wird und «1-3 anerkannte Wissenschaftler/innen» teilweise und «5-7 Doktoranden/innen» über Stipendien finanziert. Als Mutteruniversität wird hier neben der Universität Basel auch erstmals die Universität Zürich genannt.⁵⁵ Künzlis und Müllers Konzept stiess bei der Arbeitsgruppe auf Interesse, und so blieb der Bereich Demokratie zusammen mit den Bereichen Gesundheit und Urbanismus beziehungsweise Raumplanung im Rennen, nachdem die Bereiche Energie und Kultur am 16. März und der Bereich Bildung am 22. Juni ausgeschieden waren.⁵⁶

Demokratieforschung

Während sich in Aarau die ersten Planspiele hinsichtlich einer möglichen Neugründung eines Forschungsinstituts am Horizont visionärer Zukunftsentwürfe erst andeuteten, begann der Schweizerische Nationalfonds 2001 mit dem Aufbau der Forschungsinfrastruktur Nationale Forschungsschwerpunkte (NFS) oder National Centres of Competence in Research (NCCR), um damit «Themen von strategischer Bedeutung für die Zukunft der schweizerischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft»⁵⁷ gezielt zu fördern. 2004 kooperierten das Center for Comparative and International Studies (CIS) und das Swiss Centre for Studies on the Global Information Society (SwissGIS) der UZH und das Institut d'Etudes Politiques et Internationales der Universität Lausanne unter Leitung von Hanspeter Kriesi, Ioannis Papadopoulos und Frank Marcinkowski, um einen Antrag beim Nationalfonds für die Finanzierung des Forschungsprogramms «Challenges to Democracy in the 21st Century» einzureichen. Ziel sollte die Untersuchung der «main challenges to democracy» sein, die mit zwei «macro-trends» in Verbindung stünden: «on the one hand, nation-states have suffered a severe loss of problem-solving capacity [...]. On the other hand, the current malaise can also be traced to the transformation of the public sphere through

a «mediatization of politics», i.e. the intrusion of the media and its logic into the political process.»⁵⁸ Aus diesem Antrag ging 2005 letztlich der interdisziplinäre «Nationale Forschungsschwerpunkt Demokratie» hervor, der an der UZH beheimatet und für vier Jahre mit 10 470 000 Franken (wovon der SNF 7 100 000 und die UZH 3 370 000 Franken beisteuerten) unterstützt werden sollte.

Diese Entwicklung ist insofern relevant, als sie sich in der Entscheidung der «Arbeitsgruppe Uni-Institut Aarau» niederschlug. Wie aus dem «Resultat der Abklärungen in den 6 Bereichen» hervorgeht, spielten die veränderten institutionellen Rahmenbedingungen der schweizerischen Forschungslandschaft eine entscheidende Rolle beim Votum für den Themenbereich Demokratie: «Mitten im Verlauf der Abklärungen der Arbeitsgruppe beschloss der Bundesrat, dass er das im Rahmen einer Ausschreibung durch verschiedene Universitäten eingegebene Forschungsprogramm ‹Demokratie im 21. Jahrhundert› zu einem nationalen Forschungsschwerpunkt erheben will und dementsprechend via Nationalfonds unterstützen wird.»⁵⁹

Die Koinzidenz dieser nationalen Forschungsstrategie und des wiederbelebten Strebens nach der Integration Aaraus in die Forschungs- und tertiäre Bildungslandschaft der Schweiz wurde als einmalige Chance erkannt und letztlich auch genutzt. Da es laut den Autoren «[u]ndenkbar [ist], ein Aarauer Zentrum für Demokratie ohne Vernetzung mit diesem nationalen Forschungsschwerpunkt» zu planen, wurden «mit dem Leiter dieses nationalen Schwerpunktprogramms, Prof. Dr. Hanspeter Kriesi, Universität Zürich, Gespräche aufgenommen».«⁶⁰

Resultat dieser ersten Gespräche war eine weitere Spezifizierung der Idee durch Andreas Ladner, zu diesem Zeitpunkt Assistenzprofessor am Kompetenzzentrum für Public Management an der Universität Bern und Leiter eines Moduls des NCCR Democracy. In seinem Projektentwurf des «Zschokke Instituts für Demokratie», der dem ZDA erstmals schriftlich eine formal wie auch inhaltlich eindeutige Kontur verlieh, umriss er die Marktlage und diskutierte bereits verschiedene mögliche Forschungsschwerpunkte wie ein Demokratiebarometer, die politische Bildung, Formen der elektronischen Demokratie, die – insbesondere für jene frühen Fürsprecher des ZDA, denen die Stadtplanung und Gemeindeentwicklung am Herzen lag, interessante – Untersuchung der Demokratie auf lokaler Ebene und die deliberative Demokratie.⁶¹ Entlang dieser Schwerpunkte sollte «in Aarau ein führendes, unabhängiges Zentrum für Demokratiefragen entstehen, welches zum Nachdenken über die Grundwerte der Demokratie anregt und wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Demokratie liefert»⁶² und neben der Lehre und Weiterbildung selbstverständlich Forschungsprojekte sowie diverse Dienstleistungen in seinen Leistungsauftrag aufnehmen sollte. Darüber hinaus stellte Ladner bereits ein mögliches Budget zusammen, spezifizierte die Organisationsform und die Zusammensetzung des Personals und erwähnte erstmals die Villa Blumenhalde in Aarau als möglichen Standort.⁶³ Zum Schluss wies er noch auf einige positive Aspekte des Zentrums für die Stadt Aarau hin, wobei er insbesondere die «grössere Zahl an Studierenden in der Stadt»

und die Steigerung der Attraktivität beziehungsweise die Verbesserung des Images der Stadt hervorhob.⁶⁴

Dieses bereits in vielen Details ausgearbeitete Projekt überzeugte die Arbeitsgruppe, und so kam diese am 17. August 2005 «zum Schluss, dem Stadtrat zu empfehlen, prioritär das Projekt im Bereich ‹Demokratie› weiterzuverfolgen und dazu erste konkrete Gespräche mit der vorgesehenen Partneruniversität Zürich aufzunehmen».⁶⁵ Kurz darauf «beschloss der Stadtrat auf Grund der Ergebnisse der Arbeitsgruppe, das Projekt ‹Institut für Demokratie› in Zusammenarbeit mit der Universität Zürich hinsichtlich Trägerschaft weiter zu konkretisieren».⁶⁶ Nur wenig später, am 15. September 2005, schloss sich das BKS nach einer eigenen, internen Evaluation dem Votum der Arbeitsgruppe für die Demokratieforschung an.⁶⁷

Konzept

Resultat dieser Konkretisierung war ein vom Professor für Politikwissenschaft und Prorektor Lehre der Universität Zürich, Ulrich Klöti, dem bereits erwähnten Professor für Politikwissenschaften an der Universität Zürich, Hanspeter Kriesi, und dem Stabsleiter des Prorektorats Lehre, Daniel Marek, verfasstes endgültiges Konzept des ZDA – das nunmehr «Zentrum für Demokratie» und nicht mehr «Zschokke Institut» hieß –, in dem vieles vom Entwurf Ladners übernommen und punktuell ergänzt oder abgeändert wurde. Wie bei Ladner ist nun von einem eigenständigen Zentrum die Rede, das «zum Nachdenken über die Grundwerte der Demokratie anregt und wichtige Impulse für ihre Weiterentwicklung gibt»⁶⁸ und Interessen einerseits der Stadt Aarau, wie etwa die «Stadtentwicklung» und das Bestreben, einen «Beitrag für die Weiterentwicklung der Schweizer Hochschullandschaft» zu erbringen, und andererseits der UZH, die «an einer Ergänzung und Verstärkung ihrer Kompetenzen im Bereich der Demokratieforschung» interessiert war, auf sich vereinen sollte.⁶⁹ Die entlang von drei «Schwerpunktthemen» («Demokratieforschung», «Politische Bildung» und «Beiträge zum staatspolitischen Diskurs») organisierte Arbeit des Zentrums sollte nicht nur einen «substanzuellen Beitrag zur Demokratieforschung», einen «Beitrag zur politischen Bildung in der Schweiz» und die Beratung von «Behörden und interessierte[n] Kreise[n]» kombinieren, sondern auch «für den Transfer von Forschungsergebnissen zu Demokratiefragen in die universitäre Aus- und Weiterbildung sowie in die Öffentlichkeit [sic] sorgen» und dazu «eng mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich zusammenarbeiten».⁷⁰

Administrativ sollte das ZDA eine unabhängige einfache Gesellschaft werden, in deren Aufsichtsorgan, der Gesellschafterversammlung, Vertreter der Stadt Aarau und der UZH Einstieg nehmen würden. Unter anderem sollte dieses Organ das «Profil der Direktion» festlegen, was insofern relevant ist, als «die Direktorin oder der Direktor zugleich Professorin oder Professor an der Universität sein soll». Daher «ist die Gesellschafterversammlung berechtigt, der Philosophischen Fakultät zwei wissenschaftlich qualifizierte Vertreterinnen oder Vertreter zu entsenden, die ohne Stimmrecht in

der Berufungskommission Einsatz nehmen».⁷¹ Das ZDA, vertreten durch die Gesellschafterversammlung, sollte also nur beschränkt auf die Ausrichtung der Lehr- und Forschungstätigkeit der Direktorin oder des Direktors an der UZH Einfluss nehmen können. Das zeigte sich auch darin, dass das «endgültige Profil [der Professur] [...] die Philosophische Fakultät bei Beginn der Ausschreibung festlegen» würde. Das hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass die «neue Professur komplementär zur bereits bestehenden Professur in vergleichender Politikwissenschaft konzipiert» wurde.⁷² Die UZH versuchte also, die neue Professur möglichst umfassend in die bisherigen Aktivitäten ihres Instituts für Politikwissenschaft zu integrieren, ohne sie zu stark dem allfälligen Einfluss des ZDA auszusetzen. Ebenso geht aus diesem Konzept hervor, dass die UZH das ZDA als Möglichkeit sah, den bereits fortgeschrittenen schweizweiten und internationalen Bedeutungszuwachs der politikwissenschaftlichen Forschung in Zürich zusätzlich zu stärken. «Zusammen mit der ETH Zürich», schrieben die Autoren, «ist die Universität Zürich dabei im Begriff, zum führenden politikwissenschaftlichen Zentrum in der Schweiz zu werden».⁷³ So greift das Institut für Politikwissenschaft der UZH gleichsam in verschiedene Richtungen der Forschungslandschaft aus und kann von zusätzlichen Ressourcen profitieren. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass viele Mitarbeiter des ZDA an der UZH angestellt sind, wo sie als «Drittmittelstellen» verzeichnet werden können, und dass das ZDA in das «corporate design» der UZH integriert ist.⁷⁴ Dies entsprach den Erwartungen und Vorstellungen des Stadtrats und mündete in einem in den entscheidenden Punkten deckungsgleichen «Memorandum of Understanding» zwischen der Stadt Aarau, vertreten durch Marcel Guignard, der UZH, vertreten durch Hans Weder, und Hanspeter Kriesi, der als Leiter des NCCR als separate Partei unterschrieb.

Expansion einer Idee

Bis hierher konnte der Eindruck entstehen, die Planung des ZDA habe sich erstrangig zwischen der Stadt Aarau und der UZH abgespielt und sei letztlich Resultat dieses bilateralen Aushandlungsprozesses. Das ist jedoch nur bedingt richtig, denn parallel zu diesen zwar initiiierenden, aber keineswegs einspurigen Verhandlungen erwogen andere Institutionen Möglichkeiten, sich am ZDA durch die Bereitstellung diverser Ressourcen zu beteiligen. Sowohl das Centre d'études et de documentation sur la démocratie directe (c2d) als auch der Bereich Geschichtsdidaktik und Didaktik der Politischen Bildung der FHNW wurden später als zwei der insgesamt drei Hauptabteilungen in das ZDA integriert.

Das c2d und das Engagement des Kantons Aargau für das ZDA

Im Februar 1993 wurde an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Université des Genève von den Politikwissenschaftlern Hanspeter Kriesi, Jean-Daniel Delley, William Ossipow und den Rechtswissenschaftlern Jean-François Aubert, Charles-Albert Morand, Alfred Dufour, Andreas Auer das c2d gegründet. Ziele waren der

Aufbau einer Datenbank und Website, die Förderung interdisziplinärer Forschung, die Organisation von Konferenzen sowie die «Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiete direktdemokratischer Institutionen und Volksabstimmungen in der Schweiz und im Ausland». Die Leitung übernahm Andreas Auer. Das Renommee des c2d liegt nicht zuletzt in den von ihm aufgebauten, öffentlich zugänglichen Datenbanken begründet; diese «decken die in allen Ländern der Welt durchgeführten Volksabstimmungen ab, von 1971 bis zur Gegenwart, auf nationaler wie auch auf regionaler Ebene».⁷⁶

Nicht nur der Unterhalt dieser Datenbanken, sondern auch die Gründung des Forschungszentrums e-Democracy Centre (e-DC), das die «Auswirkungen des Internets und anderer Informations- und Kommunikationstechnologien auf politische Prozesse, Institutionen und individuelle Verhaltensweisen»⁷⁷ untersucht, vermitteln den Eindruck eines an der Zukunft orientierten Zentrums, das nicht zuletzt aufgrund seines Ansehens ein internationales wissenschaftliches Netzwerk mit dem European University Institute und dem Oxford Internet Institute aufbauen konnte. Dank dieser Vernetzung und «engen Zusammenarbeit mit Regierungsbehörden und internationalen Organisationen ist das e-DC gut platziert, um eine international führende Position in der wissenschaftlichen Erforschung des spannenden Themas e-democracy einzunehmen, aber auch bei dessen praktischer Anwendung».⁷⁸

Nur drei Jahre nach der Gründung des e-DC beschlossen die verantwortlichen Fakultäten der Université de Genève jedoch, das c2d ab dem 1. Oktober 2007 nicht mehr zu finanzieren.⁷⁹ Wie aus einem Brief von Rainer Huber, Regierungsrat des Kantons Aargau, an Hans Weder, Rektor der UZH, vom 19. Dezember 2006 hervorgeht, muss dies den Verantwortlichen des c2d bereits ein Jahr vorher bekannt gewesen sein, da zu jenem Zeitpunkt bereits Verhandlungen zwischen der UZH und dem c2d einerseits und der UZH und dem Kanton Aargau andererseits bezüglich des künftigen Standorts und der Finanzierung des c2d im Gange waren.⁸⁰ Klar war, dass das c2d und mit ihm sein Direktor Andreas Auer an die UZH übersiedeln würde; es stellte sich dann aber die Frage, ob eine Kooperation mit dem Kanton Aargau eine Eingliederung in das ZDA möglich mache.

In besagtem Brief bestätigte Rainer Huber, dass er dem Regierungsrat die im Gespräch mit Hans Weder vereinbarte Unterstützung des ZDA beziehungsweise des c2d als künftiger Teil des ZDA durch den Kanton Aargau zur Abstimmung vorlegen werde. Bedenkenswert sind dabei vor allem zwei Bemerkungen. Einerseits bat Huber darum, die «Frage eines allfälligen Engagements des Kantons vorderhand vertraulich zu behandeln», damit «der interne Entscheidungsprozess und die Beratung des Hochschul- und Innovationsförderungsgesetzes im Grossen Rat nicht negativ beeinflusst werden».⁸¹ Dieses Gesetz sei «Voraussetzung eines kantonalen Engagements», der Grossen Rat könne also «erst wenn diese rechtliche Grundlage geschaffen ist, [...] über eine allfällige Beteiligung entscheiden».⁸² Daraus lässt sich schliessen, dass verhindert werden sollte, dass die Abstimmung über die Gesetzesvorlage zu einem

Referendum über die Finanzierung des c2d wurde. Andererseits verwies Huber auf die Möglichkeit eines «einmaligen finanziellen Beitrag[s]»⁸³ als Übergangslösung. Damit würde der Kanton das Projekt bereits vor dem Entscheid des Grossen Rates finanzieren und zugleich eine Pfadabhängigkeit schaffen, die die Befürwortung eines wiederkehrenden Beitrags plausibilisieren könne.

Politische Bildung und das Engagement der Fachhochschule Nordwestschweiz

Eine andere Institution, die noch vor der Gründung des ZDA ein Interesse an einer Zusammenarbeit erkennen liess, ist die Pädagogische Hochschule (PH), eine Teilschule der FHNW, deren Direktor Rudolf Künzli am 1. März 2006 eine Absichtserklärung schrieb, die kurz zuvor von der Hochschulleitung genehmigt worden war und in der das Interesse zum Ausdruck kommt, «in Zusammenarbeit mit dem zu schaffenden Zschokke Institut für Demokratieforschung einen Schwerpunkt Fachdidaktik Politische Bildung aufzubauen. Sie ist bereit, für diesen gemeinsam zu etablierenden Bereich die Leadfunktion zu übernehmen und dafür auch eigene Ressourcen aufzuwenden.»⁸⁴ Anders als etwa c2d bot die FHNW bereits einen Finanzierungsrahmen, der eine Zusammenarbeit mit dem ZDA erleichterte, da der Kooperation kein politischer Deliberationsprozess vorangehen musste. Zudem bot die FHNW an, eine bereits bestehende und operativ geprüfte Abteilung in das ZDA zu integrieren, was die Kooperation ebenfalls vereinfachte.

Ein wichtiger Nebeneffekt dieser Partnerschaft waren die räumlichen Ressourcen, die die PH FHNW dem ZDA zur Verfügung stellte. Da sowohl die Stadt Aarau als auch die UZH den Planungsprozess relativ zügig vorantrieben und sich mit der Ausgliederung des c2d aus der Universität Genf eine einmalige Chance in einem beschränkten Zeitfenster abzeichnete, galt es in nützlicher Frist einen geeigneten Standort zu finden. Die in Aarau gelegene «Blumenhalde» sollte «vor Ablauf des Mietvertrages» (1. Januar 2008) von der PH verlassen und dem ZDA übergeben werden. Dafür würde das ZDA die anfallenden Umzugskosten und die Mietdifferenz zum neuen Standort der PH übernehmen.⁸⁵

Abstimmungen und Gründung

Mit diesem Standort wurde das ZDA dann im Hinblick auf das obligatorische Referendum, über das die allfällige Annahme des ZDA durch den Einwohnerrat bestätigt werden musste, in der «Botschaft zur Urnenabstimmung vom 17. Juni 2007» beworben: «Das Zentrum soll seine Tätigkeit in den Räumlichkeiten der «Blumenhalde» aufnehmen, der ehemaligen Wirkungsstätte Zschokkes und jetzigem Standort der Pädagogischen Hochschule.»⁸⁶ Neben der Finanzierung, der historischen Situierung und einer ausführlichen Liste aller Aktivitäten «im Dienste einer breiteren Öffentlichkeit» ist in der Broschüre von einem «Mitspracherecht» der Stadt Aarau im Zusammenhang mit der Direktion die Rede, ohne dass dieses genauer spezifiziert wird.⁸⁷ Da die künftige Direktorin beziehungsweise der künftige Direktor zugleich

Professorin beziehungsweise Professor an der UZH sein sollte und Vertreterinnen beziehungsweise Vertreter des ZDA bei der universitätsinternen Wahl kein Stimmrecht besassen, dürfte sich dieses Mitspracherecht auf die Festlegung des «Profils» der Direktion beschränken,⁸⁸ was jedoch inhaltlich in den Unterlagen weitgehend unterdeterminiert blieb.

In einer Pressekonferenz vom 15. Februar 2007 schwor dann der Stadtammann Marcel Guignard die Stimmbevölkerung erneut auf das ZDA ein, indem er die lange Bildungs- und Politiktradition der Stadt Aarau zitierte und als historisches Analogon die Kantonsschule Aarau nannte, die 1802 nur aufgrund von «Privatinitiativen und -vermögen» gegründet werden konnte. Zudem erinnerte er daran, dass ein «solitäres Institut, das unabhängig von anderen Hochschulen funktioniert, in der heutigen Bildungs- und Universitätslandschaft nicht realisierbar wäre» und «Forschung und Lehre in einem Bereich vollkommen neu aufzubauen und zu betreiben jedweden Rahmen, auch jenen, den sich die Stadt Aarau kapazitätsmässig leisten kann» gesprengt hätte.⁸⁹ Aus dieser Perspektive erschien die Zusammenarbeit mit einer «starke[n] Mutteruniversität» unumgänglich.

Obligatorisches Referendum in Aarau

Auch in die Abstimmung im Einwohnerrat und das darauffolgende obligatorische Referendum griff Mark Eberhard, der mittlerweile nicht mehr Mitglied des Einwohnerrats war, entscheidend ein, indem er seiner Fraktion wie auch der gesamten Partei am 19. März 2007, also eine Woche vor der Abstimmung im Einwohnerrat, die Annahme des ZDA zuerst im Einwohnerrat und später im obligatorischen Referendum empfahl. In einem kurzen Schreiben zum «Stand der Dinge» fasste er die bisherigen Geschehnisse zusammen und wies noch einmal auf die historische Bedeutung der Entscheidung hin, da es sich hierbei wohl um «die letzte Chance, in bildungspolitischer Hinsicht ein Hochschulinstitut beziehungsweise ein Forschungsinstitut zu realisieren», handle. Wie dem Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 26. März 2007 jedoch zu entnehmen ist, stimmten der Vorlage alle Fraktionen bis auf die der SVP, die die Stimmfreigabe beschloss, zu. Marc Dübendorfer berichtete von einer gespaltenen Fraktion, wobei die ablehnende Hälfte ins Feld führte, dass dem ZDA ein «bildungspolitischer Kontext zur Stadt Aarau» fehle und der grosse finanzielle Aufwand bei «ungleicher Kostenverteilung zwischen der Stadt Aarau und der Uni Zürich» die Frage aufwerfe, ob Aufwand und Ertrag in einem guten Verhältnis zueinander stünden. Trotz diesen Einwänden wurde die wiederkehrende Finanzierung des ZDA im Einwohnerrat mit 35 zu 7 Stimmen angenommen.⁹⁰

Für das obligatorische Referendum beschlossen schliesslich alle Parteien die Ja-Parole – inklusive der SVP, die im Mai eine Parteiversammlung abhielt und die Vorlage «grossmehrheitlich» zur Annahme empfahl.⁹¹ Die SVP beteiligte sich aber nicht am Ja-Komitee, das für die Abstimmung ins Leben gerufen wurde.⁹² Trotz dieser breiten Zustimmung wurde die jährlich wiederkehrende Finanzierung des ZDA mit

einem Betrag von 785 000 Franken von der Aarauer Stimmbevölkerung – gerade im Vergleich zur parallel geführten Vorlage zur Finanzierung des neuen Bahnhofs – eher knapp angenommen (2483 zu 1785 Stimmen).⁹³ Auf die Annahme des ZDA durch die Aarauer Stimmbevölkerung folgte die Konstituierung des Steuerungsausschusses, der als Vorform der späteren Gesellschafterversammlung mit der Vorbereitung der offiziellen Gründung des ZDA betraut war und von Stadtammann Marcel Guignard präsidiert wurde. Der Steuerungsausschuss hatte das ZDA in seiner formal-administrativen Struktur und seinem Erscheinungsbild auf der Grundlage der bis dato gefällten Entscheidungen zu konzipieren. Eine wichtige Funktion kam dabei erneut Rudolf Künzli zu, der als Delegierter dieses Ausschusses für dessen Geschäftsführung und damit für die Koordination der gesamten Gründungsphase des ZDA, die bis zum Januar 2009 dauern sollte, verantwortlich war. In dieser Funktion war er auch die erste Ansprechperson für alle beteiligten Institutionen und politischen Gremien wie auch für die Öffentlichkeit.⁹⁴

Erster Einzug in die Blumenhalde

Es galt in der Folge noch zu klären, ob der Umzug des c2d von Genf nach Aarau möglich sein werde. Da dieser bereits im September 2007 erfolgen sollte, die Abstimmung über das neue kantonale Hochschul- und Innovationsförderungsgesetz aber erst für Mitte 2008 angesetzt war, galt es eine Überbrückungsfinanzierung zu gewährleisten. Und in der Tat sprach der Regierungsrat des Kantons Aargau, wie von Rainer Huber angekündigt, einen einmaligen Betrag von etwas über einer Million Franken aus dem Lotteriefonds, um das c2d bis Ende 2008 zu finanzieren.⁹⁵ Dank dieser Sofortmassnahme «konnte das c2d schon 2007 statt nach Zürich direkt nach Aarau ins ZDA ziehen».⁹⁶ Da die FHNW die Räumlichkeiten auf den 1. Oktober bereitstellte, konnte ein Teil des ZDA (c2d) bereits 2007 provisorisch seinen Betrieb aufnehmen. Der Regierungsrat nutzte also ein Exekutivinstrument, um die Chance, die sich ihm bot, nicht ungenutzt verstreichen zu lassen und zugleich bereits zu jenem Zeitpunkt eine provisorische Verbindung mit dem ZDA herzustellen, die dann im Zusammenhang mit der Verabschiedung einer regelmässigen Finanzierung, im besten Fall als Erfolg, zitiert werden konnte. Gleichzeitig mit diesem Entscheid des Regierungsrats beschloss die PH FHNW auch die Abteilung Politische Bildung und Geschichtsdidaktik in die Blumenhalde zu verlegen. Noch vor der offiziellen Gründung zogen also bereits zwei Abteilungen in den künftigen Sitz des ZDA ein. In diese Phase, in der das ZDA sich bereits herauszubilden begann, und damit ebenfalls in den Verantwortungsbereich des Delegierten des Steuerungsausschusses Rudolf Künzli fiel die Ausarbeitung eines Entwurfs des Gesellschaftsvertrags und einer darauf gegründeten Geschäftsordnung, die den Bedürfnissen aller Träger und Abteilungen des ZDA Rechnung tragen sollte. In dieser mussten daher spezifische Verantwortlich- und Zuständigkeiten letztgültig geklärt werden, um den wissenschaftlichen Betrieb in einem gesicherten Finanzierungsrahmen produktiv aufzunehmen.⁹⁷

Die letzten Hürden

Der positive Wahlausgang in Aarau ebnete den Weg für einen Gründungsvertrag, der in diversen Sitzungen des Steuerungsausschusses diskutiert wurde und die meisten im Konzept bereits ausgearbeiteten Punkte nun für alle Vertragsparteien (Stadt Aarau, UZH, Kanton Aargau, FHNW) ausführt und für letztgültig verbindlich erklärt. Darin ist noch einmal der endgültige Finanzierungsrahmen festgelegt: Die Stadt Aarau beteiligt sich mit 785 000 Franken, «unter anderem zur Finanzierung der Professur der Abteilung Allgemeine Demokratieforschung», der Kanton Aargau mit 800 000 Franken, zur Finanzierung des c2d, die UZH mit 300 000 Franken, «200 000 durch Eigenleistungen in Projekten und [...] 100 000 für die Finanzierung einer Assistenzstelle von 100 Prozent», und die FHNW mit 450 000, «300 000 durch Eigenleistungen in Projekten sowie [...] 150 000 an die Verwaltungsgemeinkosten sowie die Aufwendungen für gemeinsame Projekte des ZDA».⁹⁸ Diese Zahlen verdeutlichen erneut, wie stark die beiden beteiligten Hochschulen von der Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren bis heute profitieren. Stadt und Kanton finanzieren einen Grossteil der Kosten, während sowohl die Universität als auch die FHNW ihr Forschungsprofil stärken können. Wie im Vertrag festgehalten wurde, hing dessen Inkrafttreten jedoch noch von mindestens drei Abstimmungsausgängen ab: diejenigen in den beiden Hochschulräten, dem Universitätsrat und dem Fachhochschulrat, und im Grossen Rat, die noch durch das Aargauer Stimmvolk hätte bestätigt werden müssen, falls das Referendum ergriffen worden wäre.

Nachdem der Grosser Rat Mitte 2008, wie von Rainer Huber erwartet, das neue Hochschul- und Innovationsförderungsgesetz angenommen hatte, legte der Regierungsrat einen Finanzierungsplan für das c2d zur Abstimmung vor; auch diese Vorlage wurde angenommen, jedoch nicht ohne Widerstand. So stellte sich – anders als im Einwohnerrat – in der Debatte vom 23. September 2008 die SVP-Fraktion vor allem aufgrund der thematischen Ausrichtung des ZDA dagegen. So meinte Beat Unternährer: «Der Regierungsrat legte im Rahmen des Entwicklungsleitbilds besonderes Schwergewicht auf eine wirtschaftsnahe Hochschul- und Forschungspolitik. [...] Beteiligungen an Hochschulinstituten müssten also primär der Wirtschaft dienen. Wir sehen auf den Gebieten der Sozialwissenschaften oder im vorgeschlagenen Beispiel, auf dem Gebiet der Politikwissenschaften, keinen prioritären Bedarf.»⁹⁹

Trotz dieses Einwands, dass die Unterstützung des ZDA nicht mit der Hochschulstrategie des Regierungsrats vereinbar sei, entschied sich die Fraktion dagegen, das Behördenreferendum zu ergreifen. Wie aus der kurzen Detailberatung hervorgeht, äusserten sich ausserparlamentarisch die Aargauische Frauenzentrale und die Aargauische Industrie- und Handelskammer gegen die Teilfinanzierung des ZDA durch den Kanton. Letztere bemerkte in der Anhörung, dass die Beteiligung am ZDA «aus wirtschaftlicher Sicht keine markante Verbesserung des Portfolios der Hochschulen in der Nordwestschweiz» darstellen werde¹⁰⁰ und stellte sich damit auf

die Seite der SVP und gegen den Regierungsrat, der diese vom Hochschul- und Innovationsförderungsgesetz geforderte Verbesserung mit der Beteiligung als gegeben ansah. Letztlich folgte die Mehrheit dem Regierungsrat und nahm das Geschäft mit 81 zu 36 Stimmen an. Ebenso beschlossen Universitäts- und Fachhochschulrat am 7. respektive 21. April auf den Gesellschaftsvertrag einzutreten und ermöglichen damit die offizielle Gründung des ZDA im Januar 2009 durch die Konstituierung der Gesellschafterversammlung.

Schluss

Als Manifestation des komplexen Zusammenwirkens diverser Interessen, Verpflichtungen, Erwartungen und Hoffnungen steht das ZDA am Ende einer alles andere als geradlinigen Bewegung, in deren Verlauf gleichsam ein Konkretisierungsprozess von einer abstrakten und unspezifischen Idee hin zu einem konkreten Forschungsinstitut durchlaufen wurde. Freilich ist es kaum möglich, bis ins letzte Detail genau zu fixieren, wo diese Bewegung ihren Ausgang und wo sie die letztlich entscheidenden Wendungen genommen hat. So bleiben dann auch Verbindungen und Netzwerke unerforscht, Akteure unberücksichtigt und Quellen unbearbeitet, die je nach Blickwinkel einen Platz in dieser Untersuchung verdient hätten. Dennoch liegt der Darstellung der Anspruch zugrunde, die wichtigsten Ereignisse, Prozesse und Konstellationen, die die Gründung des ZDA ermöglicht und erwirkt haben, in einem limitierten Rahmen konzis darzustellen. Und so erscheint die Schlussfolgerung begründet, dass der Vorstoss zur Gründung einer «Uni Aarau», die mit ihrem Lehrangebot eine lebendige Studentenschaft in der Stadt hätte ansiedeln sollen, nicht zuletzt aufgrund von finanziellen Hindernissen entscheidende Modifikationen erfuhr und schliesslich in ein Institut mündete, das sich mehrheitlich der Forschung widmet. Insofern ist das ZDA mit Blick auf die mittlerweile hochgradig differenzierte Hochschullandschaft ein Lehrstück, denn es exemplifiziert in geradezu paradigmatischer Weise das komplexe Feld aus vielseitigen Möglichkeiten und Einschränkungen, in dem sich Bildungsinstitutionen heute bewegen müssen.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Interviews

Rudolf Künzli, 13. September 2016; Stephan Müller, 23. September 2016; Mark Eberhard, 21. Oktober 2016; Alexander Hofmann, 4. November 2016.

Quellen

Auer, Andreas: Das c2d, August 2006.
Auer, Andreas: Rechtlicher Status des c2d in Aarau, Angliederung an das ZDA, Eingliederung in die Universität Zürich, 29. Mai 2007.

Az./Pd.: «Repräsentative Visitenkarte für die Stadt».

In: Aargauer Zeitung, 15. Mai 2007, S. 17.

Brändli, Nik; Jean-Richard, Judith; Henz, Alexander: Aarau morgen. Denkanstösse, Januar 2004.

Einwohnerrat der Stadt Aarau: Protokoll des Einwohnerrats. Beschlussfassung über die Erheblicherklärung der Motion von Stephan Müller und Mitunterzeichner: Verhältnis Aarau-Kantonsjubiläum 2003, GV 2002–2005/13, 25. März 2003, S. 90–97.

Einwohnerrat der Stadt Aarau: Protokoll des Einwohnerrats. Jubiläumsjahr 2003; Investitionskredit, GV 2002–2005/57, 17. Juni 2002, 143–147.

- Einwohnerrat der Stadt Aarau: Protokoll des Einwohnerrats. Investitionskredit für die Vorbereitung und Durchführung eines Aarauer Vorlaufes zu «Science et Cité» im Mai 2005, GV 2002–2005/326, 25. Oktober 2004, 254–259.
- Einwohnerrat der Stadt Aarau: Protokoll des Einwohnerrats. Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA); Beitrag der Stadt, GV 2006–2009/122, 26. März 2007, 50–56.
- Grosser Rat des Kantons Aargau: Protokoll des Grossen Rats. Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA); Grosskredit; Bewilligung; fakultatives Referendum; Auftrag Staatskanzlei, 23. September 2008, Art. 1888, 3902–3907.
- Guignard, Marcel: Geschäftsordnung des Zentrums für Demokratie Aarau an der Universität Zürich, 18. Juni 2008.
- Guignard, Marcel; Künzli, Rudolf; Christener, Jürg; Forneck, Hermann; Kreienbühl, Markus: Vereinbarung zwischen Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, Pädagogische Hochschule Aarau, und Zentrum für Demokratie der Stadt Aarau (ZDA) betreffend Betriebsaufnahme des ZDA in den Räumlichkeiten der Blumenhalde, 5. September 2007.
- Guignard, Marcel; Gossweiler, Martin; Beyeler, Peter C.; Grünenfelder, Peter; Weder, Hans; Reimann, Kurt; Bührer, Richard; Forneck, Hermann: Vertrag zwischen Stadt Aarau, Universität Zürich, Kanton Aargau, Fachhochschule Nordwestschweiz betreffend Gründung und Betrieb des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA), 2008.
- Hr.: Das Ringen um Standpunkte zum Standort. In: Aargauer Zeitung, 13. September 2001, 1.
- Huber, Rainer: Brief an Hans Weder, 19. Dezember 2006.
- Huber, Rainer; Weder, Hans: Vereinbarung zwischen dem Kanton Aargau und der Universität Zürich betreffend Uebergangslösung [sic!] für das Research Centre on Direct Democracy (C2D), 2. Juli 2007.
- Kriesi, Hanspeter; Papadopoulos, Yannis; Marcinkowski, Frank: Challenges to Democracy in the 21st Century, 31. August 2004.
- Klöti, Ulrich; Kriesi, Hanspeter; Marek, Daniel: Zentrum für Demokratie in Aarau (ZDA): Konzept, 26. September 2006.
- Künzli, Rudolf: Zschokke Institut, 19. März 2005.
- Künzli, Rudolf: Präsentation «Zschokke Institut», 27. April 2005.
- Künzli, Rudolf: Kooperation zwischen der Pädagogischen Hochschule FHNW und dem zu gründenden Zwschokke-Institut [sic!] für Demokratieforschung in Aarau. Letter of intent/Absichtserklärung, 1. März 2006.
- Ladner, Andreas: Zschokke Institut für Demokratie, 2005.
- Müller, Stephan: Eine Universität in der Hauptstadt. Vorlesungsverzeichnis, 14. Juni 2003.
- Nationale Forschungsschwerpunkte (NFS), Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung. <http://www.snf.ch/de/fokusForschung/nationale-forschungsschwerpunkte/Seiten/default.aspx> [Stand: 26.1.2017].
- Regierungsrat des Kantons Aargau: Communiqué. Kanton soll sich am Zentrum für Demokratie Aarau beteiligen, 27. Juni 2008.
- Stab Hochschulen des Departements Bildung, Kultur und Sport des Kantons Aargau: Abhörung zur Beteiligung des Kantons am Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA), 2008.
- Stadt Aarau: Resultate der städtischen Abstimmungen. http://www.aarau.ch/xml_1/internet/de/application/d88/d1677/d1348/f2336.cfm [Stand: 26.1.2017].
- Stadtrat der Stadt Aarau: Bericht und Antrag an den Einwohnerrat. Jubiläumsjahr 2003; Investitionskredit, GV 2002–2005/57, 21. Mai 2002.
- Stadtrat der Stadt Aarau: Bericht und Antrag an den Einwohnerrat. Investitionskredit für die Vorbereitung und Durchführung eines Aarauer Vorlaufes zu «Science et Cité» im Mai 2005, GV 2002–2005/326, 20. September 2004.
- Stadtrat der Stadt Aarau: Bericht und Antrag an den Einwohnerrat. Zentrum für Demokratie Aarau und der Universität Zürich in Aarau; Beitrag der Stadt, GV 2006–2009/122, 15. Januar 2007.
- Stadtrat der Stadt Aarau: Anhang zum Bericht und Antrag an den Einwohnerrat vom 15. Januar 2007: Resultat der Abklärungen in den 6 Bereichen (Zusammenfassung), 15. Januar 2007.
- Stadtrat und Einwohnerrat der Stadt Aarau: Botschaft zur Urnenabstimmung vom 17. Juni 2007. Bewilligung eines Kredites für einen wiederkehrenden Beitrag an das Zentrum für Demokratie Aarau ZDA von 785 000 Franken, 23. April 2007.
- Stadtammann der Stadt Aarau: Einladung zur Medienorientierung, 21. September 2001.
- Stadtammann der Stadt Aarau: Medienkonferenz vom 15. Februar 2007. «Warum ein Zentrum für Demokratie Aarau»? Projektkontext und -positionierung.
- Stähli, Bettina: Universität Aarau sucht «Studis». In: Aargauer Zeitung, 11. Juni 2003, 1.

Literatur

- Capol, Jan: Städtekonkurrenz im Aargau: wie die Fachhochschule für Gestaltung Aarau einen Standort sucht. In: Hochparterre: Zeitschrift für Architektur und Design, Bd. 11, Heft 12, 1998, 38f.

- Criblez, Lucien; Herren, Marc: Hochschule, Fachschule oder Fachhochschule? Die aargauische Hochschulpolitik bis zur Fachhochschulgründung. In: Bortolani, René (Hg.): *Die Schule im Glashaus: Entstehung und Entwicklung der Fachhochschule Aargau Nordwestschweiz*. Baden 2006, 18–45.
- Hofmann, Alexander: Den grossen Schritt statt den kleinen Kompromiss gewagt. Die Aargauer Fachhochschulpolitik 1992–2005. In: Bortolani, René (Hg.): *Die Schule im Glashaus: Entstehung und Entwicklung der Fachhochschule Aargau Nordwestschweiz*. Baden 2006, 194–199.

Anmerkungen

- ¹ Bericht und Antrag an den Einwohnerrat 2007, 12.
- ² Protokoll des Einwohnerrats vom 26.3.2007, 56.
- ³ Zitiert nach Criblez/Herren, Hochschule, Fachschule oder Fachhochschule?, 21.
- ⁴ Criblez/Herren, Hochschule, Fachschule oder Fachhochschule?, 21 ff.
- ⁵ Ebd., 32 f.
- ⁶ Hofmann, Die aargauische Fachhochschulpolitik 1995–2005, 194 f.
- ⁷ Hofmann, Den grossen Schritt statt den kleinen Kompromiss gewagt, 47.
- ⁸ Ebd., 47.
- ⁹ Hofmann, Den grossen Schritt statt den kleinen Kompromiss gewagt, 48.
- ¹⁰ Ebd., 49.
- ¹¹ Ebd., 49.
- ¹² Ebd., 51. Dieser veränderte Blick auf die Standortfrage zeigte sich bereits bei der Erweiterung der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft um den Bereich Gestaltung. Für diese reichten vier Städte (Brugg-Windisch, Lenzburg, Baden und Aarau) eine Standortofferte ein. Die Offerte von Aarau vermochte zu überzeugen, was jedoch bei der kurz darauf getroffenen Entscheidung, sowohl die Wirtschaftsschule in Baden als auch den neuen Bereich Gestaltung mit der Technik in Brugg-Windisch zusammenzulegen, keine Rolle mehr spielte. Vgl. Capol, Städtekonkurrenz im Aargau, 38 f. Trotzdem wurde der Bereich Gestaltung 1999 zuerst in Aarau aufgebaut und erst 15 Jahre später, dann aber nach Basel, verlegt.
- ¹³ Zu diesem Zeitpunkt waren die Fachhochschulen der beiden Basel mit ihrem eigenen Versuch, alle Kapazitäten in der FHBB zu bündeln, beschäftigt.
- ¹⁴ Hofmann, Den grossen Schritt statt den kleinen Kompromiss gewagt, 56.
- ¹⁵ Ebd., 56.
- ¹⁶ Ebd., 57.
- ¹⁷ Einladung zur Medienorientierung, 4.
- ¹⁸ Ebd., 12.
- ¹⁹ So Alexander Hofmann, damals Vorsteher des BKS, im Interview vom 4.11.2016.
- ²⁰ Aargauer Zeitung vom 13.9.2001, 1.
- ²¹ Protokoll des Einwohnerrats vom 25.3.2002, 90.
- ²² Ebd., 92.
- ²³ So Stephan Müller im Interview vom 23.9.2016 und Mark Eberhard im Interview vom 21.10.2016.
- ²⁴ Vgl. Bericht und Antrag an den Einwohnerrat 2002.
- ²⁵ Die Einstimmigkeit, so Stephan Müller, hatte weniger mit einer allgemeinen Zustimmung zu tun als mit der Tatsache, dass Müller und Eberhard im Hintergrund bereits eine Mehrheit im Einwohnerrat organisiert hatten und die FGPK so vor vollendete Tatsachen gestellt wurde.
- ²⁶ Protokoll des Einwohnerrats vom 17.6.2002, 143.
- ²⁷ Ebd., 143 f.
- ²⁸ Ebd., 144.
- ²⁹ Ebd., 145 ff.
- ³⁰ Im Organisationskomitee sassen neben Mark Eberhard der Stadtrat Carlo Mettauer (beide Co-Präsidenten), der Direktor des Departements Pädagogik der FH Aargau/NWS Rudolf Künzli und der Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung Stefan Wolter. Die Projektleitung oblag neben Mark Eberhard (Gesamtleitung) und Stephan Müller (Fachbereich Kultur/Ausstellung) dem Dozenten für Allgemeine Pädagogik an der FH Aargau/NWS Peter Tremp (Fachbereich Bildung) und dem Elektro-Ingenieur Pius Hüser (Fachbereich Energie). Wie Rudolf Künzli im Interview vom 13.9.2016 berichtete, hat sich die PH über ihn und Peter Tremp mit eigenen Ressourcen an der Durchführung von «Uni Aarau» beteiligt.
- ³¹ Müller, Vorlesungsverzeichnis. Eine Universität in der Hauptstadt, 2 ff.
- ³² Aargauer Zeitung vom 11.6.2003, 1.
- ³³ Stephan Müller, Mark Eberhard, Carlo Mettauer und Peter Tremp wurden kurz vor «Uni Aarau» vom Regierungsrat Rainer Huber zitiert. Die heutige Diskussion soll sich vor allem um die Frage gedreht haben, inwiefern mit dem Namen «Uni

- Aarau» in den Zuständigkeitsbereich des Kantons eingegriffen werde. Ein angekündigtes Communiqué, in dem sich der Kanton von den Aktivitäten der Stadt distanzieren wollte, kam angeblich aufgrund dieser Diskussionen dann doch nicht zustande. So Stephan Müller im Interview vom 23. 9. 2016.
- ³⁴ So Alexander Hofmann im Interview vom 4. 11. 2016.
- ³⁵ Brändli/Jean-Richard/Henz, Aarau morgen, 38.
- ³⁶ Ebd., 38f. Dieses Motiv des einzelnen Instituts als «Keimzelle» für künftige Erweiterungen wird sich auch später wiederfinden.
- ³⁷ Brändli/Jean-Richard/Henz, Aarau morgen, 40.
- ³⁸ Ebd., 86.
- ³⁹ Ebd., 86.
- ⁴⁰ Zitiert nach: Bericht und Antrag an den Einwohnerrat 2007, 2.
- ⁴¹ So Stephan Müller im Interview vom 23. 9. 2016.
- ⁴² Bericht und Antrag an den Einwohnerrat 2004, 3.
- ⁴³ Ebd., 4f.
- ⁴⁴ Protokoll des Einwohnerrats vom 25. 10. 2004, 254.
- ⁴⁵ Ebd., S. 254. Es handelt sich dabei um jene Schwerpunkte, die auch die Autorin und die Autoren von «Aarau morgen» zur Abklärung vorgeschlagen hatten.
- ⁴⁶ Ebd., 255.
- ⁴⁷ Ebd., 256f.
- ⁴⁸ Protokoll des Einwohnerrats vom 25. 10. 2004, 255ff.
- ⁴⁹ Ebd., 258.
- ⁵⁰ Bericht und Antrag an den Einwohnerrat 2007, 3.
- ⁵¹ So Rudolf Künzli im Interview vom 13. 9. 2016. Er hält diese Verbindung für «eine längerfristig tragende Existenzbedingung für die politische und zivilgesellschaftliche Akzeptanz und lokale Attraktivität und Wirksamkeit eines ausgelagerten Universitätsinstituts».
- ⁵² So Rudolf Künzli im Interview vom 13. 9. 2016.
- ⁵³ Künzli, Zschokke Institut, 1.
- ⁵⁴ Ebd., 1.
- ⁵⁵ Künzli, Präsentation «Zschokke Institut» vom 27. 4. 2005, 3 ff.
- ⁵⁶ Bericht und Antrag an den Einwohnerrat 2007, 3.
- ⁵⁷ <http://www.snf.ch/de/fokusForschung/nationale-forschungsschwerpunkte/Seiten/default.aspx>
- ⁵⁸ Kriesi/Papadopoulos/Marcinkowski, Challenges to Democracy, 4.
- ⁵⁹ Resultat der Abklärung, 4.
- ⁶⁰ Ebd., 4.
- ⁶¹ Ladner, Zschokke Institut für Demokratie, 2f.
- ⁶² Ebd., 3.
- ⁶³ Ebd., 1 ff.
- ⁶⁴ Ebd., 9.
- ⁶⁵ Bericht und Antrag an den Einwohnerrat 2007, 3.
- ⁶⁶ Ebd., 4.
- ⁶⁷ Ebd., 3.
- ⁶⁸ Klöti/Kriesi/Marek, Zentrum für Demokratie in Aarau (ZDA): Konzept, 1.
- ⁶⁹ Ebd., 1. Auch hier wird, wie bereits bei Ladner, wieder auf die «Anknüpfung an historische Wurzeln» verwiesen.
- ⁷⁰ Ebd., 1.
- ⁷¹ Ebd., 6.
- ⁷² Ebd., 2.
- ⁷³ Klöti/Kriesi/Marek, Zentrum für Demokratie in Aarau (ZDA): Konzept, 3.
- ⁷⁴ Ebd., 7ff.
- ⁷⁵ Auer, Das c2d, 1.
- ⁷⁶ Ebd., 1.
- ⁷⁷ Ebd., 4f. Auch diese Forschungen trugen dem c2d zusätzliches Ansehen in der internationalen Forschungslandschaft ein: «Während seines dreijährigen Bestehens ist es dem e-DC gelungen, sich auf internationaler Ebene einen guten Ruf in Forschungskreisen zu erarbeiten, was sich in seiner Bewertung unter den besten politikwissenschaftlichen Forschungszentren niedergeschlagen hat [...].»
Ebd., 5.
- ⁷⁸ Ebd., 5.
- ⁷⁹ Auer, Rechtlicher Status des c2d in Aarau, 1.
- ⁸⁰ Brief an Hans Weder, 1.
- ⁸¹ Ebd., 2.
- ⁸² Ebd., 1.
- ⁸³ Ebd., 1.
- ⁸⁴ Absichtserklärung.
- ⁸⁵ Vereinbarung zwischen der FHNW und dem ZDA, 1 f. Wie Rudolf Künzli im Interview vom 13. 9. 2016 berichtete, existierte in diesem Mietvertrag eine verbindliche Verlängerungsoption für den Fall, dass sich der Umzug in den Campus in Brugg verzögern sollte. Er gab die «Blumenhalde» für das ZDA wegen dem Platzbedarf des c2d frei und sah eine vorübergehende parallele Nutzung der Villa durch das ZDA und die PH vor. Wie aus den ersten beiden Budgets des ZDA hervorgeht, wurde die erwähnte Zahlung der Mietdifferenz jedoch nicht geleistet.
- ⁸⁶ Botschaft, 3.
- ⁸⁷ Ebd., 3.
- ⁸⁸ Klöti, Kriesi, Marek: Zentrum für Demokratie in Aarau (ZDA): Konzept, 6.
- ⁸⁹ Medienkonferenz, 2.
- ⁹⁰ Protokoll des Einwohnerrats vom 26. 3. 2007, 54.
- ⁹¹ Aargauer Zeitung vom 15. 5. 2007, 17.
- ⁹² So Stephan Müller im Interview vom 23. 9. 2016.
- ⁹³ http://www.aarau.ch/xml_1/internet/de/application/d88/d1677/d1348/f2336.cfm

⁹⁴ Vgl. Mandat Delegierter des Steuerungsausschusses für die Gründungsphase des ZDA.

⁹⁵ Vereinbarung zwischen dem Kanton Aargau und der UZH, 1.

⁹⁶ Communiqué, 2.

⁹⁷ Vgl. Protokoll AG Aufbauorganisation vom 11.1. 2008 und Geschäftsordnung des Zentrums für De-

mokratie Aarau an der Universität Zürich vom 18. 6. 2008.

⁹⁸ Vertrag, 7.

⁹⁹ Protokoll des Grossen Rats vom 23. 9. 2008, 3903.

¹⁰⁰ Anhörung zur Beteiligung des Kantons am Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA).